Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1286
(zu Drucksache 8/951)

30. 11. 77

Sachgebiet 63

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 1977 bis 1981
— Drucksache 8/951 —
hier: Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Stellungnahme des Bundesrates

1. Der Finanzplan des Bundes 1977 bis 1981 sieht für den genannten Zeitraum eine durchschnittliche jährliche Erhöhung des Ausgabenvolumens um 6,8 v. H. vor. Der Bundesrat hält diese Haushaltsausweitung aus haushalts- und finanzpolitischen Erwägungen sowie im Hinblick auf den Finanzbedarf von Ländern und Gemeinden für überhöht. Bei der von der Bundesregierung genannten Erhöhung ab 1979 um nur 6 v. H. ist zu berücksichtigen, daß diese Werte auf den hohen Zahlen des Basisjahres 1978 aufbauen.

2. Aufgrund dieser expansiven Ausgabenpolitik des Bundes liegt die Nettokreditaufnahme im Zeitraum 1978 bis 1980 nach dem neuen Finanzplan mit 80,5 Mrd. DM um rd. 27,5 Mrd. DM über den Beträgen des erst im Januar dieses Jahres von der Bundesregierung verabschiedeten Finanzplans 1976 bis 1980. Folge dieser Verschuldung ist, daß die Schuldendienstleistungen (Tilgung und Zinsen) sich von 1977 bis 1981 auf 44,78 Mrd. DM fast verdoppeln und dadurch den Bewegungsspielraum für andere notwendige Bundesausgaben wesentlich einschränken. Damit wird auch für den mittelfristigen Zeitraum die Haushaltskonsolidierung in Frage gestellt.

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die vorgesehenen Steigerungsraten der Haushalte ab 1979 von 6 v. H. macht deutlich, daß der Bund an der mittelfristigen Konsolidierung der Bundesfinanzen festhält. Auf die Notwendigkeit dieser Konsolidierung hat die Bundesregierung selbst immer wieder hingewiesen. Es ist nicht ersichtlich, warum die deutlich unter dem angenommenen Wachstum des Bruttosozialprodukts liegenden Steigerungsraten überhöht sein sollen; eine stärkere Zurücknahme der Ausgaben ist weder von der Aufgabenerfüllung her noch ökonomisch vertretbar.

Der Anstieg der Verschuldung und damit die steigende Zinsbelastung sind der Preis für die antizyklische Finanzpolitik. Die Nettokreditaufnahme ist finanzierbar, ohne die kapital- und geldmarktpolitischen Erfordernisse zu beeinträchtigen.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Stellungnahme des Bundesrates	Gegenäußerung der Bundesregierung
3. Während im Bundeshaushalt 1977 noch eine globale Minderausgabe von 2,5 Mrd. DM und im Entwurf des Haushalts 1978 eine solche von 2 Mrd. DM ausgewiesen ist, sind von 1979 bis 1981 globale Mehrausgaben von zusammen 10,5 Mrd. DM eingeplant. Der Bundesrat wendet sich gegen diese nicht näher begründeten globalen Mehrausgaben.	Globale Mehrausgaben schließlich sind erforderlich, weil in weiten Planungsbereichen von konstanten Preisen ausgegangen wird; sie sind außerdem zur Abdeckung von Risiken geboten.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14 (45) — 501 00 — Fi 21/77 — vom 30. November 1977.
Federführend: Bundesminister der Finanzen.